

UFFBASSE!

UNABHÄNGIGE FRAKTION FREIER BÜRGER AUFRICHT SPONTAN SUBKULTURELL EIGENWILLIG



Pützerstraße 6
64287 Darmstadt
www.uffbasse-darmstadt.de

Darmstadt, den 25.01.26

Wahlprüfsteine Pop Netzwerk Darmstadt

Fragen an die Parteien zum Stellenwert der Darmstädter Popkultur

- 1. Darmstadt beheimatet die Ferienkurse für Neue Musik und das Jazzarchiv und nutzt sie überregional zur Schärfung seines kulturellen Profils. Welchen Stellenwert hat für Sie in der Darmstädter Kultur-Landschaft die Darmstädter Popkultur mit Bands, Künstler:innen und Veranstalter:innen, Kulturformaten und Locations?**

Für uns ist Popkultur kein „Add-on“, sondern ein zentraler Bestandteil der Darmstädter Kulturlandschaft. Bands, Künstler:innen, Veranstalter:innen, Labels, Studios sowie angrenzende Szenen wie Illustration und Comic prägen das Lebensgefühl dieser Stadt.

Während Institutionen wie die Ferienkurse für Neue Musik oder das Jazzarchiv das überregionale Profil Darmstadts schärfen, bildet die Popkultur das kulturelle Rückgrat im Alltag: niedrigschwellig, generationenübergreifend und urban.

Popkultur trägt entscheidend dazu bei, dass (insbesondere junge) Menschen sich mit ihrer Stadt identifizieren, bleiben und nicht wegziehen Sie belebt Innenstadt und Szeneviertel, schafft Begegnung und Bindung und ist damit ein relevanter Faktor der Stadtentwicklung.

Für uns gehört Popkultur zur kulturellen Grundversorgung. Städte, die sie vernachlässigen, verlieren zuerst ihre kreativen Milieus und langfristig an Attraktivität.

- 2. Ein großes Problem für die Darmstädter Bands sind die fehlenden Probenräume. Wie wollen Sie Abhilfe schaffen?**

Der Mangel an Proberäumen ist eines der drängendsten Probleme der Darmstädter Pop- und Musikszene. Nach der Schließung etablierter Standorte wie der Alten Glasbläserei und weiteren Kündigungen hat sich die Situation in den letzten Jahren deutlich verschärft.

Uffbasse bringt dieses Thema seit Jahren immer wieder in die Stadtverordnetenversammlung ein, weil wir Proberäume als Voraussetzung für eine lebendige Musik- und Popkultur verstehen und nicht als Randthema.

Unsere Vorstellungen haben wir in folgenden Anträgen in der letzten Legislaturperiode eingebracht:

- Städtische Liegenschaften systematisch für Proberäume zu nutzen
Wir haben einen Antrag eingebracht, der die Stadt verpflichtet zu prüfen, welche freien oder perspektivisch freiwerdenden Gebäude im Besitz der Stadt oder im städtischen Einflussbereich für Proberäume und Ateliers geeignet sind, auch wenn diese temporär und dezentral sind. Diesem Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt, die konsequente Umsetzung steht jedoch weiterhin aus.
- Kulturelle Nutzung bei Bauprojekten verbindlich mitzudenken
Auf unsere Initiative hin wurde beantragt, bei Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen Proberäume dort mitzudenken, wo dies ohne erheblichen Mehraufwand möglich ist, etwa in Nebenflächen oder Kellerräumen. Auch hier fehlt bislang eine systematische Umsetzung.
- Bestehende Kulturorte zu erhalten, statt sie zu verdrängen
Wir haben uns mehrfach für den Erhalt identitätsstiftender Kulturorte wie des OHA Osthangs eingesetzt. Diese Anträge wurden abgelehnt, obwohl genau solche Orte Räume für freie, nicht-kommerzielle Kultur bieten, die andernorts fehlen.
- Neue Chancen aktiv zu nutzen
Mit unserem Antrag zum Erwerb des Wasserturms am Hauptbahnhof haben wir konkret vorgeschlagen, einen besonderen Ort langfristig als Kultur- und Proberaum zu sichern. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit.

Unser Fazit ist klar: Proberäume entstehen in Darmstadt nicht von selbst. Sie müssen politisch gewollt, mitgedacht und umgesetzt werden. Deshalb werden wir dieses Thema weiter konsequent auf die Tagesordnung setzen, bis Proberäume als Teil der kulturellen Grundinfrastruktur verstanden und behandelt werden.

3. Für die Darmstädter Chöre und Orchester gibt es das Musikbüro Darmstadt. Wie stehen Sie zur Ernennung eines Popreferats, das Servicestelle, Interessensvertretung für die Darmstädter Popmusikszene wäre?

Grundsätzlich ist das Kulturamt bereits für die Förderung und Entwicklung der kulturellen Szene – einschließlich der Popkultur – zuständig. Aus unserer Sicht liegt das zentrale Problem daher nicht primär in fehlenden Ansprechpartner:innen in der Verwaltung, sondern in den politischen Rahmenbedingungen und Prioritäten.

Viele Herausforderungen der Popmusikszene sind struktureller Natur: fehlende Räume, steigende Mieten, Nutzungskonflikte sowie veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen in einer wachsenden Stadt. Diese Fragen lassen sich nicht allein durch Verwaltungshandeln lösen, sondern erfordern politische Entscheidungen, etwa bei Haushaltsmitteln, Stadtentwicklung oder Nutzungskonzepten. Den kulturpolitischen Kurs bestimmt die Stadtverordnetenversammlung, nicht ein Referat.

Das Beispiel des Musikbüros zeigt, dass die Stadt für Kooperationen und Förderungen rechtlich belastbare Strukturen benötigt und deshalb mit externen

Trägern in Vereinsform zusammenarbeitet. Einzelpersonen können diese Rolle in der Regel nicht übernehmen.

Die Stadt braucht also bei der Vergabe von Räumen, Fördermitteln oder Nutzungsvereinbarungen aus rechtlichen Gründen in der Regel klare Rechtsformen, etwa Vereine, Träger oder andere juristische Personen. Für Teile der Popmusikszene stellt genau diese notwendige Rechtsform eine zusätzliche strukturelle Herausforderung dar, die bei der Lösungsfindung mitgedacht werden muss.

Auch daran sind in der Vergangenheit konkrete Lösungsansätze gescheitert, unter anderem im Zusammenhang mit Proberäumen, weil keine geeigneten Trägerstrukturen als Verhandlungspartner der Stadt vorhanden waren. Diese strukturelle Hürde lässt sich nicht durch die Einrichtung eines Popreferats allein auflösen.

Ein Popreferat kann sinnvoll sein, wenn es als fachlich starke Schnittstelle arbeitet, Prozesse erklärt, berät und innerhalb der Verwaltung für die Belange der Szene sensibilisiert ist. Es kann jedoch keine politischen Entscheidungen ersetzen und auch keine strukturellen Probleme allein beheben.

Für uns ist daher entscheidend, dass begrenzte Mittel nicht vor allem in zusätzliche Verwaltungsstrukturen fließen, sondern in konkrete Verbesserungen für die Szene etwa in Räume, Infrastruktur und Fördermöglichkeiten. Ob dafür ein Popreferat notwendig ist, muss sich an seinem tatsächlichen Mehrwert messen lassen, nicht an seinem Titel.

4. Was halten Sie von der Ernennung eines Nachtbürgermeisters, der im Gegensatz zum Popreferat Schlichtung und Vermittlung zwischen Stadt und Kulturszene vor Ort übernimmt.

Ein Nachtbürgermeister kann eine sinnvolle Rolle spielen, insbesondere als verbindendes Element zwischen Nachtkultur, Verwaltung und weiteren Beteiligten vor Ort. Gerade bei Fragen des Verwaltungshandelns, etwa Genehmigungsverfahren, Lärmschutz, Nutzung öffentlicher Flächen oder wiederkehrenden Nutzungskonflikten, kann eine feste Ansprechperson helfen, Abläufe transparenter zu machen, Missverständnisse zu vermeiden und frühzeitig zu vermitteln.

Besonders wichtig ist uns dabei, dass eine solche Funktion aus der Szene heraus gedacht wird. Eine Person mit eigener Erfahrung in der Nachtkultur kann Vertrauen schaffen, Anliegen realistisch einordnen und den kontinuierlichen Austausch mit der Verwaltung fördern.

Gleichzeitig ist klar, dass ein Nachtbürgermeister keine politischen Entscheidungen trifft. Grundsätzliche Regelungen, etwa zu Sperrzeiten oder zur finanziellen Förderung, werden politisch beschlossen. Die konkrete Anwendung im Einzelfall, etwa bei Genehmigungen, Auflagen oder Ausnahmen, liegt bei der Verwaltung.

Genau an dieser Schnittstelle kann ein Nachtbürgermeister einen Mehrwert bieten: indem er Abläufe erklärt, frühzeitig vermittelt und den Austausch zwischen Szene

und Verwaltung verbessert. Auch strukturelle Probleme lassen sich durch eine vermittelnde Rolle allein nicht lösen, sie können aber transparenter gemacht und konstruktiver bearbeitet werden.

5. Es gibt den Darmstädter Musikpreis. Wie stehen Sie zu einem möglichen Darmstädter Popmusikpreis?

Wir verstehen gut das Bedürfnis der Popmusikszene nach mehr Sichtbarkeit und Anerkennung. Popkultur prägt das Lebensgefühl dieser Stadt und wird dennoch oft weniger wahrgenommen als institutionelle Kulturformen.

Gleichzeitig stellt sich für uns die Frage, welche Form von Sichtbarkeit der Szene tatsächlich hilft. Popkultur funktioniert anders als klassische Musik: Anerkennung entsteht hier vor allem durch Publikum, Auftritte und Präsenz im Stadtraum, weniger durch Auszeichnungen oder Juryentscheidungen.

Ein Popmusikpreis kann punktuell Aufmerksamkeit erzeugen, löst aber keine strukturellen Probleme. Angesichts begrenzter Ressourcen (nicht nur finanziell, sondern auch personell und energetisch) halten wir es für entscheidend, dass Sichtbarkeit mit konkreten Verbesserungen einhergeht, etwa mit mehr Auftrittsmöglichkeiten, besseren Rahmenbedingungen und verlässlicher Infrastruktur. Sollte über neue Formate der Anerkennung nachgedacht werden, muss aus unserer Sicht klar sein, welchen konkreten Mehrwert sie für die Szene haben. Sichtbarkeit ist wichtig, sie sollte jedoch nicht an die Stelle struktureller Förderung treten, sondern diese sinnvoll ergänzen.

6. Was halten sie von Einführung eines vierten Schwerpunkts „Populäre Musik“ bei der Akademie für Tonkunst analog zum Studiengang „Popular Music“ an der Pop-Akademie Baden-Württemberg in Mannheim?

Die inhaltliche Ausrichtung und Weiterentwicklung der Akademie für Tonkunst liegt zu Recht in der Verantwortung der Akademie selbst und ihrer Gremien. Eine Einführung neuer Schwerpunkte kann und sollte nicht politisch vorgegeben werden. Gleichzeitig halten wir eine Erweiterung des Portfolios um den Bereich „Populäre Musik“ für einen großen Gewinn, sowohl für die Akademie als auch für die Stadt. Populäre Musik ist ein zentraler Bestandteil zeitgenössischer Musikkultur und spielt eine wichtige Rolle für kulturelle Teilhabe, Nachwuchsförderung und kreative Stadtentwicklung.

Ein entsprechender Schwerpunkt könnte neue Zielgruppen ansprechen, Brücken zwischen Ausbildung, Szene und Stadt schlagen und Darmstadts Profil als Musik- und Kulturstadt weiter stärken. Sollte die Akademie diesen Weg gehen wollen, würden wir eine solche Entwicklung ausdrücklich begrüßen und konstruktiv unterstützen.

7. Könnten Sie sich vorstellen, dass es seitens der Stadt eine Unterstützung zu den GEMA Beiträgen für Veranstaltende gibt. Ähnliches gibt es bei den Körperschaften, die durch den GEMA Rahmenvertrag befreit sind.

Der GEMA-Rahmenvertrag befreit oder vergünstigt nach unserem Kenntnisstand ausschließlich Veranstaltungen öffentlicher Körperschaften selbst, nicht jedoch private Veranstalter. Eine Übertragung dieses Modells auf die freie Szene ist rechtlich und finanziell nicht ohne weiteres möglich.

Wir sehen, dass GEMA-Gebühren insbesondere für kleinere, nicht-kommerzielle Veranstalter:innen eine spürbare Belastung darstellen können. Gleichzeitig ist das Thema komplex, da die Gebühren nach Art, Umfang und Rahmen der Musikknutzung gestaffelt sind und nicht nach inhaltlicher Qualität oder kulturellem Anspruch unterscheiden.

Eine pauschale Übernahme oder Bezuschussung von GEMA-Gebühren halten wir daher für schwierig und nicht grundsätzlich gerecht. Sie würde sehr unterschiedliche Veranstaltungsformate gleichermaßen erfassen und wäre kaum zielgenau steuerbar.

Wenn Unterstützung in diesem Bereich sinnvoll sein soll, dann aus unserer Sicht nur gezielt, transparent und eingebettet in bestehende Kulturförderung, etwa für niedrigschwellige, nicht-kommerzielle Live-Formate oder Nachwuchsarbeit. Entscheidend ist für uns, dass begrenzte Mittel dort ankommen, wo sie tatsächlich zur Stärkung der lokalen Kulturszene beitragen.

8. Die Sperrstunde für Open Air Veranstaltungen wurde auf 22:00 Uhr begrenzt. Wäre es denkbar, die Sperrstunde wieder auf 23:00 Uhr zu setzen?

Die derzeitige Begrenzung von Open-Air-Veranstaltungen auf 22:00 Uhr orientiert sich an den Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzrechts, das ab diesem Zeitpunkt strengere Lärmgrenzwerte vorsieht. Eine generelle kommunale Festlegung auf 23:00 Uhr ist daher rechtlich nicht ohne weiteres möglich. Gleichzeitig gibt es im Rahmen von Einzelgenehmigungen Ausnahmen, etwa bei Großveranstaltungen wie dem Schlossgrabenfest, die mit umfangreichen Lärm- und Sicherheitskonzepten genehmigt werden. Auch diese Ausnahmen sind rechtlich nicht unproblematisch, wie frühere Klageverfahren gezeigt haben, bei denen zeitweise sogar die Durchführung grundsätzlich infrage stand.

Aus unserer Sicht sollte geprüft werden, ob auch für kleinere und mittlere Veranstaltungen mehr Differenzierung möglich ist. Entscheidend sind dabei Ort, Veranstaltungstyp, Dauer, Lärmschutzkonzept und die konkrete Umgebung.

Statt einer starren Uhrzeit halten wir mehr Ermessensspielraum und transparente Kriterien bei der Genehmigungspraxis für sinnvoll. Die Stadt kann hier im Rahmen des geltenden Rechts auf eine sorgfältige, einzelfallbezogene und zugleich kultursensible Prüfung durch die Verwaltung hinwirken. **Ziel ist es, bestehende rechtliche Spielräume konsequent und fair zu nutzen, sodass unter klar definierten Voraussetzungen auch Musikzeiten über 22:00 Uhr hinaus ermöglicht werden können.**

9. Planen Sie in einem zukünftigen Haushalt Gelder für die Förderung der Popkultur ein? Oder planen Sie weitere Kürzungen? Schließen Kürzungen aus?

Angesichts der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage, der demografischen Entwicklung und der strukturellen Belastungen der Kommunen können Kürzungen in keinem Bereich grundsätzlich ausgeschlossen werden, auch nicht im Kulturbereich. Wir wünschen uns solche Kürzungen ausdrücklich nicht, halten es aber für unseriös, dies pauschal auszuschließen.

Der Kulturetat der Stadt Darmstadt ist insgesamt vergleichsweise hoch. Eine weitere Erhöhung halten wir vor dem Hintergrund der Vielzahl kommunaler Aufgaben und der angespannten Haushaltslage für schwierig. Entscheidend ist für uns daher weniger die absolute Höhe des Etats als dessen **Verteilung und Prioritätensetzung**.

Aus unserer Sicht ist eine **Umverteilung innerhalb des bestehenden Kulturetats dringend erforderlich**. Bereiche wie Popkultur, Festivalszene, Clubs und DJ-Kultur werden bislang kaum oder gar nicht strukturell gefördert, obwohl sie einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Attraktivität der Stadt leisten. Diese Bereiche sprechen in besonderer Weise junge Menschen an und sind damit auch eine Frage der **Generationengerechtigkeit**.

Gleichzeitig zeigt sich aus unserer Sicht seit Jahren, dass die Prioritätensetzung der Stadt im Kulturbereich teilweise gravierend verfehlt ist. Niedrigschwellige, integrative Kulturangebote wie der OHA Osthang, die über Jahre hinweg mit großem ehrenamtlichem Engagement getragen wurden und nur einmal, im Jahr 2016, eine städtische Förderung erhalten haben, werden verdrängt. Gleichzeitig werden für ein Informationszentrum an der Mathildenhöhe Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe verfolgt, deren Nutzen umstritten ist und deren Folgekosten die Stadt dauerhaft binden werden. Solche Entscheidungen verdeutlichen, dass nicht nur fehlendes Geld das zentrale Problem ist, sondern eine **nicht nachvollziehbare Priorisierung zulasten jüngerer und niedrigschwelliger Kulturformen**.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, Förderentscheidungen transparenter und fairer zu gestalten. Vorstellbar ist aus unserer Sicht ein Gremium, das die Vielfalt der Darmstädter Kulturszene abbildet und in dem Kulturschaffende beziehungsweise ihre Vertretungen selbst über die Verteilung eines Teils der Mittel beraten und entscheiden, begleitet durch eine externe Moderation. Ziel ist es, politische Schwerpunktsetzungen, die bislang sehr einseitig bestimmte Kultureinrichtungen priorisieren, zurückzunehmen und die Mittelvergabe stärker an fachlichen Kriterien, **Generationengerechtigkeit** und tatsächlichen Bedarfen auszurichten.

Unser Anspruch ist es, auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen kulturelle Vielfalt durch gerechtere Strukturen und eine verantwortungsvollere Prioritätensetzung zu sichern.

10. Ist in Ihrer weiteren Planung vorgesehen, die Innenstadt unter Einbeziehung der hiesigen Popkulturszene zu beleben (z.B. Straßenmusikfestivals, Entfallen der Gebühr für Straßenmusiker)?

Ja. Die Belebung der Innenstadt unter Einbeziehung der lokalen Popkulturszene ist ein fester Bestandteil unseres Wahlprogramms und ein zentrales Anliegen unserer Stadtentwicklungspolitik.

Wir sind überzeugt, dass Popkultur, Straßenmusik, temporäre Bühnen, kleine Festivals und niedrigschwellige Kulturformate entscheidend dazu beitragen, die Innenstadt lebendig, vielfältig und attraktiv zu halten, gerade jenseits von reinem Einzelhandel. Solche Formate schaffen Aufenthaltsqualität, fördern Begegnung und geben lokalen Künstler:innen Sichtbarkeit.

Dazu gehört aus unserer Sicht auch, bestehende Hürden zu überprüfen. Genehmigungsprozesse müssen einfacher, transparenter und kultursensibler werden. Der Wegfall von Gebühren für Straßenmusiker:innen sowie klar geregelte, praktikable Rahmenbedingungen können ein wichtiger Baustein sein, um spontane und niedrigschwellige kulturelle Nutzung des öffentlichen Raums zu ermöglichen.

Entscheidend ist für uns, dass die lokale Szene aktiv eingebunden wird. Innenstadtbelebung funktioniert nicht top-down, sondern gemeinsam mit denjenigen, die Kultur vor Ort leben und gestalten. Popkultur ist dabei kein Zusatz, sondern ein zentraler Bestandteil einer lebendigen, offenen und urbanen Innenstadt.